

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/43. Jahrgang

Juli 2012

Schutzgebühr: 0,40 E

Rettet den Schwanenteich!

Auf der während der Diskussion zur LaGa wieder gut gefüllten Tribüne im Stadtparlament wunderte man sich über das rote Outfit der Bürgermeisterin, das doch gar nicht zu ihrer Gesinnung paßt. Es wurde vermutet, daß damit ihr Erröten verdeckt wer-

einzubringen, wenn, ja wenn nicht ihr Konzept der weiteren Zerstörung der Wieseckkaue umgesetzt wird.

Zu einigen wenigen Zugeständnissen sah sie sich dennoch genötigt: so sollen die Bäume auf dem Gelände des Freibads nicht gefällt werden und

die Schwanenteichufer nicht einbetoniert sondern mit einem Geflecht gesichert werden.

Der katastrophale Kahlschlag aber, mit dem jeglicher Bewuchs dort, jeder Baum, jeder Busch, jeder Strauch, beseitigt werden soll, droht



den solle angesichts der haarsträubenden Schauermärchen, die sie zum besten gab: der Schwanenteich drohe zu verschlammen und/oder zu überschwemmen, der Weg zwischen Wieseck und Schwanenteich drohe

weiterhin. Der Schwanenteich soll zu einem akkurat rechteckigen, kahlen Kunstgewässer werden und der Weg zwischen Wieseck und Schwanenteich soll – ebenfalls frei von jedem Bewuchs – erhöht und verbreitert wer-

Die Griechen, die Iren, die Spanier, die Italiener, die Portugiesen - alle habe ich sie niedergemacht.



Das Ding ist gelaufen, ich bin schön längst Europameister!!

den – irgendwie muß ja auch der Baustellenverkehr gewährleistet sein. Daß Frau Weigel-Greilich sich nicht schämte, weiterhin von einer „naturnahen Umgestaltung“ zu sprechen, ist eine Frechheit.

Ein konkreter Beschluß wurde nicht gefaßt, wohl auch deswegen, um keine Angriffsfläche für Gegenmaßnahmen zu bieten.

Angesichts der halluzinierten Horrorszenerarien muß befürchtet werden, daß im geeigneten Moment der „Notstand“ ausgerufen und wegen „Gefahr im Verzug“ alles plattgemacht wird – ohne einen Beschluß des Stadtparlaments.

Auch eine Lösung: die Ministerin neulich am Marktplatz

Wollt ihr euch ein paar Kröten dazu verdienen?! Uns fehlen noch Erzieher in den Kitas.



Im Kampf gegen den Fachkräftemangel

Inhalt:

Eritrea/Anmaßung im Stadtparlament	S.2
Stadtparlament/Ringallee/Antisemit?	S.3
Uni-Klinik/Kirche:Kita weg	S.4
Zweierlei Maß/ asoziale BRD	S.5
Griechenwahl/Bundeswehr-Werbung	S.6
Leserbriefe/Islam	S.7
Termine/Syrien/Bouffier	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Eritrea: so wird ein "Schurkenstaat" fabriziert

Seit 1997 feiern die in Deutschland lebenden Eritreer einmal im Jahr ihr Kultur-Festival, bis vor kurzem in Frankfurt, seit vergangenem Jahr in Gießen.

Niemand nahm Anstoß, die OB hielt ein Grußwort – bis selbsternannte Menschenrechtler, allen voran Stv. Grothe (Grüne) in Eritrea eine „faschistische Militärdiktatur“ ausmachten, wo mit großer Brutalität die Menschen unterdrückt würden. An solche Despoten sollen in Gießen künftig keine Räume mehr vermietet werden! Da fragt man sich, woher der Sinneswandel kommt und was er bezweckt. Vor fast 20 Jahren hat Eritrea seine Unabhängigkeit von Äthiopien erkämpft und steckt noch immer in einer schwierigen Aufbauphase mit andauernden Grenzkonflikten. Genauere Informationen sind rar. Eine über jeden Verdacht erhabene humanitäre Hilfsorganisationen, Medcare-Eritrea (die von der Bundesregierung unterstützt wird), schreibt:

„In Eritrea gibt es ein traditionell friedliches Nebeneinander von Christen

und Muslimen, eine völlige Gleichberechtigung der Frauen, nur sehr geringe soziale Unterschiede, keine Vetterwirtschaft, ein gesetzliches Verbot gegen Beschneidungen von Frauen, die niedrigste Aids-Rate in ganz Afrika, eine allgemeine Schulpflicht... Es gibt auch keine Hungersnot in Eritrea.“ Alles Merkmale einer faschistischen Militärdiktatur?

Man kann sich weiter informieren: Eritrea ist reich an Bodenschätzen, will diese aber nicht ausländischen Konzernen allein zur Ausbeutung überlassen, sondern der Bevölkerung zugute kommen lassen. Ein Vertrag mit einer kanadischen Firma sichert Eritrea immerhin 40%; üblich sind in der Region allenfalls 5% für das Land – bis zu 95% gehen an ausländische Investoren. Das wollen die internationalen Kapitalvertreter nicht hinnehmen. Das muß sich ändern! Also wird das Land aller möglichen Schandtaten verdächtigt und längerfristig zu destabilisieren versucht. Am besten eignet sich da das Thema „Menschenrechte“. Die werden selbstverständ-

Die Rede von Michael Beltz im Stadtparlament hierzu steht hier: <http://www.giessener-zeitung.de/giessen/beitrag/68492/eritrearede-von-michael-beltz-im-stadtparlament-permanente-stoerung/>

lich einseitig ausgelegt und von den übelsten Menschenrechtsverletzern, nämlich denen, die andere Länder in Schutt und Asche bombardieren, lauthals eingefordert. Man kennt die Methode. Als zuverlässige und willige Helfer haben sich auch hier des öfteren die Grünen erwiesen, denken wir nur an Josef Fischer, der in Jugoslawien vorgab, „Auschwitz verhindern“ zu wollen.

Und es gibt noch einen Grund, weswegen die Kapitalvertreter einen Horror vor Eritrea bekommen. Wenn das stimmt, was medcare schreibt – und warum sollten wir zweifeln? - dann könnte sich Eritrea als überzeugendes Beispiel für andere afrikanische Staaten erweisen. Und das könnte die kapitalistische Ausbeutung des Kontinents gefährden. Erika Beltz

„Der materielle Druck, unter welchem ein großer Teil Deutschlands liegt, ist ebenso traurig und schimpflich als der geistige; und es ist in meinen Augen bei weitem nicht so betrübend, daß dieser oder jener Liberale seine Gedanken nicht drucken lassen darf, als daß viele tausend Familien nicht imstande sein, ihre Kartoffeln zu schmälzen.“ (Georg Büchner, 1834)



Eine große Koalition der Anmaßenden im Stadtparlament

Obwohl G. Merz, Fraktionsvorsitzender der SPD, vor einer „kommunalen Ersatz-Außenpolitik“ gewarnt hatte, wurden beide Anträge (von CDU und SPD/Grüne) gegen das Stattfinden des eritreischen Kultur-Festivals in Gießen angenommen.

Das ist ein absolutes Novum in Gießen, daß die Stadt einem Kulturverein die Räume verweigert und private Verpächter ebenfalls dazu auffordert. Und hier ist nicht etwa die NPD oder eine andere faschistische Organisation (die lt. Grundgesetz zu verbieten sind) betroffen, sondern eine Kulturveranstaltung, wie sie von Eritreern in

aller Welt jährlich durchgeführt wird. Vorausgegangen war eine beispiellose Hetzkampagne, die unhinterfragt einfach hingenommen wurde, und auf die beinahe auch der Ausländerbeirat reingefallen wäre.

So aber hat N. Ibraimtzik, obwohl er mehrfach während seiner Rede bedrängt wurde, darauf bestanden, daß über diese Anträge nicht abgestimmt werden möge – leider vergeblich.

Er verwies auch darauf, daß danach weitere Veranstaltungen – etwa kurdischer Vereine – unterbunden werden könnten. Und tatsächlich wird mit solchen undemokratischen Be-

schlüssen der Willkür bei der Vergabe öffentlicher Räume Tür und Tor geöffnet.

In Gießen lebenden Eritreer verwahren sich übrigens vehement dagegen, „vor der faschistischen Militärdiktatur“ in ihrer Heimat geflohen zu sein, und selbst Stv. Grothe mußte zugeben, daß die Einstellung der hier lebenden Eritreer zu ihrem Land unterschiedlich ist.

P.S. Nur 60% aller Zehntklässler halten die Bundesrepublik Deutschland nach einer aktuellen bundesweiten Studie für "demokratisch".

Erika Beltz



Immer eine Augenweide:
Der Info-Stand der DKP

Aus dem Stadtparlament Antifaschistisches Bekenntnis unerwünscht

Daß Anträge der Linken (hier von Michael Beltz) durch die Bank abgelehnt werden, ist alte undemokratische Tradition im Stadtparlament. Daß aber auch ein so harmloses Begehren wie „die Stadt möge sich mit aufzustellenden Schildern gegen Rassismus und Faschismus bekennen“ auf einhellige Ablehnung stößt, ist befremdlich. Immerhin haben einige Städte dies mit entsprechenden Spruchbändern bzw. Hinweistafeln öffentlichkeitswirksam getan. Für die Begründung war diesmal Stv. Weinrich (SPD) auserkoren, der meinte, Gießen sei in dieser Frage schon viel weiter und habe im vergangenen Jahr anlässlich der Nazi-Demo gezeigt, daß hier keine Nazis erwünscht seien. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Mit seiner Weigerung, auch

nur den Versuch zu unternehmen, die Demo zu verbieten, hat die Stadt den NPD-Aufmarsch bewußt und willentlich geduldet – und unter Polizeischutz (4000!) stattfinden lassen. Ebenso heuchlerisch ist die Feststellung, die Stadt habe mit dem Bündnis „GI – bleibt bunt“ ihr demokratisches Selbstverständnis zum Ausdruck gebracht, wenn wenige Minuten später beschlossen wird, das eritreische Kultur-Festival aus der Stadt zu verbannen. Natürlich kann es nicht mit dem Anbringen von Schildern getan sein, natürlich müssen Faschismus und Rassismus auch in der Mitte der Gesellschaft, auch innerhalb der Vereine und Organisationen bekämpft werden. - Aber das eine zu tun, bedeutet nicht, das andere zu lassen.

Ringallee-Anwohner wehren sich

In der Ringallee werden die Anwohner aktiv. Gemeinsam mit Mitstreitern der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ setzen sie sich ein gegen die geplante Fällung von 85 weitestgehend gesunden Bäume sowie gegen die gesamte aufwändige Umgestaltung der Straße, für die sie auch noch selbst bezahlen sollen. Auch hier, so hat sich herausgestellt, wurde mit falschen Angaben hantiert: die Bäume stehen nicht „zu eng“, die Straße ist nicht komplett „unterschottert“, die Kanalisation ist keineswegs von Grund auf sanierungsbedürftig. In einem Brief haben sie sich an den Regierungspräsidenten um Unterstützung gewandt.

Die Fraktionen „Die Linke“ sowie das „Linke Bündnis“ haben Anträge gestellt, um die Ringallee-Pläne zu stoppen. Weil damit zu rechnen war, daß sie aufgrund der hinteren Plätze der Tagesordnung im Stadtparlament nicht behandelt würden, wurde beantragt, sie vorzuziehen. Selbstverständlich hat die große Koalition der LaGa auch dies abgelehnt, beide Anträge konnten nicht behandelt werden. - Das nächste Treffen zur Ringallee ist am Montag, dem 9. Juli, um 20 Uhr im Vereinsheim von BlauWeiß.

„Sie sind ein Antisemit!“

Zur fortgeschrittenen Stunde flippte Gerhard Greilich (Grüne) aus und holte sein gesammeltes Schimpfvokabular gegen Michael Beltz hervor. „Lügner“ ist noch unter harmlos zu verbuchen; Herr Beltz habe sich schon gegen Israel geäußert: „Sie sind ein Antisemit“.

Herr Greilich steht da in einer Reihe mit vielen verdummten anderen Bundesbürgern, die jede Kritik an Israel generell mit Antisemitismus gleichsetzen. Dass er damit den Rechten nutzt, die dann gerne sagen, man dürfe hier nichts gegen Israel sagen, weiß er nicht.

Antwort von Michael Beltz: „Ich weise diese Äußerung von Herrn Greilich zurück. Ich kritisiere die französische Regierung und bin kein Anti-Franzose, ich kritisiere die deutsche Regierung und bin kein Anti-Deutscher und ich kritisiere die Regierung Israels und bin kein Antisemit.“

Er verlangte eine Entschuldigung vom „Demagogen“ Greilich, die jedoch nicht kam.

Dass Herr Greilich so anfällig wurde liegt wohl daran, dass er glaubt, seine Frau verteidigen zu müssen. Die wurde schon öfter von der DKP und von Michael Beltz wegen der LaGa scharf kritisiert. Die Bürgermeisterin Weigel-Greilich hat so etwas nicht nötig. Selbstbewusst vertritt sie mit SPD, CDU ihre (schädliche) Positionen.



Uniklinikum als Profit-Maschine

Für 3,1 Milliarden Euro will der Fresenius-Konzern mindestens 90% der Aktien der Rhön AG aufkaufen und so zum größten deutschen Klinik-Konzern werden. Für die Aktionäre, fast ausschließlich Großinvestoren, ist das ein gutes Geschäft. Sie erhalten 50% mehr, als ihre Aktien vor dieser Transaktion wert waren. Wer bezahlt diesen plötzlichen Reichtumszuwachs? Natürlich die Beschäftigten der betroffenen Krankenhäuser – mit noch größerer Arbeitshetze – und die Patienten – mit noch schlechteren Bedingungen bei Behandlung und Pflege. Bekanntlich gehört auch das Gießener



Uniklinikum zur Rhön AG. Um den von der Konzernleitung erwarteten Profit zu erreichen sollen 236 Stellen abgebaut werden, bei weiter steigenden Patientenzahlen. Kräftig subventioniert wird der private Betreiber vom Land Hessen. Professoren und Ärzte

sind weiterhin Landesbedienstete. Der Betreiber zahlt dafür einen Ausgleich, allerdings nur für 80% der 800 Arztstellen. Der Rest wird vom Land finanziert, als Ausgleich des Arbeitsaufwands für Forschung und Lehre. Untersuchungen in Marburg haben ergeben, daß dort die Zeit, die für Forschung und Lehre bleibt, viel geringer ist als der vom Land bezahlte Anteil. Die Belastung durch den Dienstbe-

trieb ist so hoch, daß wissenschaftliche Tätigkeit fast nur noch in geopferter Freizeit stattfinden kann. Leider lehnt die Gießener Uni-Leitung eine ähnliche

Untersuchung ab. Hier wird behauptet, die Auswertung der Dienstpläne habe ergeben, daß alles in Ordnung ist. Aus den Dienstplänen gehen aber kaum die wirklichen Belastungen hervor. Wenn alle Zahlen offen gelegt würden, käme wahrscheinlich her-

aus, daß die Medizinische Fakultät nach der Privatisierung des Krankenhausbetriebes teurer ist als vorher. Das Land hat immer noch erhebliche Kosten, alle Einnahmen streicht der Betreiber ein. Inzwischen wurde bekannt, daß Fresenius nach der selbstgesetzten Frist nur für knapp 85 % der Rhön-Aktien eine Kaufoption besitzt. Ein Konkurrent, Asklepius, hat dem Branchenführer in die Suppe gespuckt und sich 5% der Aktien gesichert. Hinter den Kulissen wird jetzt ein heftiges Ringen der Spekulanten um die Pfründe einsetzen, Belegschaften und Patienten sind reine Manövriermasse. Kliniken müssen der Profitgier reicher Investoren entzogen werden. Es muß im Einklang mit dem Grundgesetz gesetzlich geregelt werden, daß Krankenhäuser nur unter öffentlicher oder gemeinnütziger Leitung betrieben werden dürfen.

Gernot Linhart

Pressemitteilung: Montagsdemonstranten solidarisch

Die Teilnehmer der letzten Montags-Demo gegen Hartz IV solidarisierten sich mit den streikenden griechischen Stahlarbeiten in Aspropyrgos (bei Athen), die sich seit Oktober 2011 gegen Unternehmerwillkür gemeinsam zur Wehr setzten. Der Lohn der Beschäftigten soll auf 500 Euro bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 5 Stunden pro Tag gedrückt werden. 93 der 400 Beschäftigten wurden bereits entlassen, und das alles in einer Phase, in der das Unternehmen schwarze Zahlen schreibt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter des Betriebes sind nicht bereit, diesen Verarmungsprozess widerstandslos hinzunehmen. Sie streiken seit Monaten, obgleich sie kein Streikgeld erhalten. Die Gießener Montagsdemonstranten rufen zu weiteren Solidarität auf und begrüßen die zahlreichen Geld- und Sach-Spenden, die nicht nur aus Griechenland, sondern aus vielen anderen europäischen Ländern gesammelt wurden. Spenden für die griechischen Stahlarbeiter können auch während der Montags-Demos von 18 bis 19 Uhr bei den drei Schwätzern abgegeben werden.

Spendenkonto: Michael Beltz, Theorie und Praxis, Konto-Nr. 419 702, Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25. IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02 SWIFT-BIC: SKGIDE5F. Stichwort "Griechenland"

Katholische Kirche mußte Kita hergeben

Zunehmend werden in Gießen soziale Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Jugendzentren u.a. an kirchliche Träger vergeben. Ein Beispiel aus NRW zeigte jetzt, daß es auch anders geht. In einem Stadtteil von Königswinter bei Bonn wurde die langjährige Leiterin einer Kindertagesstätte vom katholischen Träger gefeuert, weil sie sich von ihrem Mann getrennt hatte und mit einem anderen Mann zusammengezogen war. Daraufhin nahm sich der Jugendhilfeausschuß des Falles an, verständigte sich und riet der Stadt zur

sich zur Übernahme von gültigen Tarifverträgen entscheiden. Es gibt 1,6 Millionen Beschäftigte bei kirchlichen Trägern in Deutschland, hier gilt nicht



Kündigung der Trägerschaft. Der Stadtrat folgte dieser Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und kündigte tatsächlich die Trägerschaft der Kindertagesstätte. Die DKP Gießen fordert schon lange, dass die Trägerschaft von kirchlichen Einrichtungen beendet wird und nur Träger mit sozialen Aufgaben betraut werden, die

das Streikrecht und nicht das ganze Betriebsverfassungsgesetz. Wir wollen tarifgerechte Arbeitsbedingungen in allen öffentlichen Einrichtungen, und wir wollen keine versteckte oder offene Missionsarbeit von Glaubensgemeinschaften gleich welcher Art. Wir wollen weltoffene glaubensneutrale soziale Einrichtungen. H.R.

Zweierlei Maß der schwäbischen Hausfrau

Wir leben über unsere Verhältnisse - so sagen es die Politiker und Wirtschaftler aller herrschenden Couleur. Kanzlerin Merkel hat es von der schwäbischen Hausfrau gelernt, dass man das nicht darf. Wer sind diese

„wir“, die sich so verantwortungslos verschulden? Ist es die Berliner Familie vom Prenzlauer Berg, die von Hartz IV lebt? Sie hat nämlich ihre Stromrechnung nicht bezahlt und da hat ihr der Vattenfall-Monteur den Strom abgeklemmt. Nun brennt kein Licht, funktioniert weder Herd, Kühlschrank, Fernsehgerät. Wir wissen es alle, der Strompreis steigt kontinuierlich und ist für Geringverdiener unbezahlbar. Im Hartz IV-Satz ist angeblich das Geld für Strom enthalten - in der Realität reicht der Betrag nicht aus. Ist der Strom erst mal abgeschaltet, muss die Familie ca. 80 Euro für das Wiederanschalten zusätzlich zur offenen Rechnung zahlen. So erging es schon mindestens 200 000 Hartz IV-Empfängern im vergangenen Jahr. Und

leben diese Familien auch unterhalb menschlicher Verhältnisse, so setzt es doch den Wink der Kanzlerin: Schuldenmachen gilt nicht! Andere gibt es, die wissen nicht wo-



hin mit ihrem Geld. Das sind vor allem die institutionellen Finanzinvestoren, die Gläubiger des verschuldeten Staates. Diese drängt es nicht in die Öffentlichkeit. Es sind die Geldeigner, welche die vom Staat zu verzinsenden Schuldtitel erwerben, eben die Profiteure der Staatsschuld. Der Staat tut alles, damit diese Gläubiger fristgerecht Zinsen und Rückzahlung

erhalten. Das Geld hierfür holt er sich bei den Steuerzahlern, vor allem durch die Mehrwertsteuer, wenn wir einkaufen, Benzin tanken oder eben den Strom einschalten. Nun gefällt den Finanzhaien schon seit Jahren die erlangte Verzinsung nicht, die ist auf Talfahrt, schließlich gibt es zu viel Geld und zu wenig profitable Anlagemöglichkeiten. Deshalb führten sie mit zunehmend riskanteren Finanzwetten die Welt an den ökonomischen Abgrund. Selbst Großbanken mussten unter staatliche Rettungsschirmekriechen. Damals versprachen sie den Regierungen kleinlaut: Gelle, das machen wir auch nie wieder. Die Regierungen konnten globale Spieler dieser Größe nicht im Dunkeln sitzen lassen und so erstrahlten sie bald wieder im Glanz staatlicher Milliarden. Es soll doch keiner unterhalb der Verhältnisse seiner Klasse leben. Und so tickt die staatliche Schuldenuhr aller Schuldenbremsen und Frau Merkel samt ihrer schwäbischen Hausfrau zum Trotz und knackt locker die 2 Billionen-Grenze.

Klaus Mewes

Planmäßige Verelendung in der asozialen BRD

Immer weniger Erwerbstätige können von ihrer Arbeit leben, immer mehr benötigen einen Zuschuß vom Staat. Wie eine aktuelle Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) belegt, stieg die Zahl der Haushalte mit mindestens einem erwerbstätigen Hartz-IV-Bezieher von 2007 bis 2010 in den ostdeutschen Bundesländern um 11% und in den westdeutschen um 14%. Im Westen waren Ende 2011 durchschnittlich fast 29% der Hartz-IV-Bezieher zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig und nahezu ein Drittel im Osten. Im Jahr 2010 arbeiteten 331000 Aufstocker in Vollzeit. Grund hierfür ist auch, daß die Jobcenter immer mehr Druck auf Hartz-IV-Bezieher ausüben, jede noch so

schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Den Unternehmern werden auf diese Art die Dumpinglöhne finan-



ziert, mit denen sie Extra-Profite einfahren können. Im vergangenen Jahr bekamen fast 1 Million Menschen ihre ohnehin viel zu geringen Bezüge gekürzt. Diese gnadenlose Bestrafung der Ärmsten wird

von deutschen Gerichten ausdrücklich als rechtens erkannt. Im Juni urteilte das Sozialgericht in Karlsruhe, daß auch eine Kürzung um 100% statthaft sei und der „notwendige Bedarf“ durch die gewährten Lebensmittelgutscheine gedeckt sei. Dies ist kein Einzelfall. Auch daß der Mutter einer fünfjährigen Tochter, die verspätet eine Krankmeldung bei einem Bildungsträger abgab, Hartz IV auf Null gekürzt wurde, hatte dasselbe Gericht gebilligt. Die BRD, die Milliarden den Banken hinterherwirft, hat für die Ärmsten nur menschenverachtende Schikanen und Strafen. Dieser kalte Zynismus läßt das Wort von der „sozialen Marktwirtschaft“ (die noch nie sozial war und auch nicht sein kann) im Halse stecken. Es ist so: die Bundesrepublik Deutschland ist ein asozialer Unrechtsstaat.

A.D.

Wahlergebnis: Negativ für das griechische Volk

Erklärung von KKE-Generalsekretärin Aleka Papariga zum Ergebnis der Parlamentswahlen am Sonntag in Griechenland:

Das Wahlergebnis ist negativ für das Volk, das unter der Wirtschaftskrise und den ihr folgenden Maßnahmen, den Memoranden, den Kreditabkommen und den Anwendungsgesetzen sehr gelitten hat...

Erstens: Die Zugewinne der ND, die als Anti-Volks- und Anti-Arbeiter-Partei wohl bekannt ist und sich auch nicht ändern wird. Das Schlimmste ist nicht vorbei, wie es Herr Samaras erklärt hat. Das Schlimmste kommt erst noch...

Zweitens: Die Zugewinne von SYRIZA bei den Neuwahlen im Vergleich zu ihren bedeutenden Zugewinnen bei den Maiwahlen. Diesmal erhielt SYRIZA eine große Zahl von Stimmen und einen hohen Prozentanteil, nachdem sie ihre Parolen über das Memorandum, die Kreditverträge und die Anwendungsgesetze in Beziehung durch ihre Aussage verwässert hat, daß sie ihre Politik als Regierung innerhalb des Rahmens der »Einbahnstraße EU« entwickeln werde. Sie haben der herrschenden Klasse und den ausländischen Mächten zahlreiche Zusicherungen gemacht, daß Griechenland um jeden Preis im Euro bleiben werde... Das dritte negative Element: die fraglos

großen Verluste der KKE, die von größerer Bedeutung für die Handlungsbereit-



schaft des Volkes angesichts der durch die Krise in Griechenland verschärften Probleme und insbesondere der Vertiefung der Krise in der Euro-Zone sein werden. Unsere Position vom 7. Mai, daß

dies für die KKE die schwierigsten und kompliziertesten Wahlen der vergangenen 40 Jahre sein werden, hat sich bestätigt...

Das vierte negative Element: die Stimmen und der Prozentanteil der »Goldenen Morgendämmerung«, obwohl es seit dem 6. Mai sehr viel mehr Belege für deren faschistischen und aggressiven Charakter gibt.

Die KKE hat es vorgezogen, dem Volk die Wahrheit über den Charakter der Krise und die möglichen Folgen der negativen Entwicklungen in der Euro-Zone zu sagen, über den Charakter der Europäischen Union, über die Notwendigkeit der einseitigen Schuldenannullierung, der Notwendigkeit eines Austritts aus der EU und des Kampfes für die Macht der Arbeiterklasse und des Volkes.

Wir haben diese Dinge sehr bewußt gesagt.

Die Beteiligung der KKE an einer Regierung zur Bewältigung der Krise in so einer entscheidenden Phase, in der eine Linie des Bruchs und des Gegenangriffs notwendig ist, würde früher oder später zu einer schweren Niederlage für die Bewegung führen...

Und morgen die ganze Welt

Kein Werben fürs Sterben, keine Kröten fürs Töten



13,7 Millionen Euro gibt die Bundeswehr in diesem Jahr allein für Werbeanzeigen in den Medien aus (2009 waren dies noch knapp 4 Mio.).

Von ihrer Propaganda-Trommel fürs Sterben werden zunehmend mehr Schulen heimgesucht – und auch der diesjährige Hessentag in Wetzlar, wo die Bundeswehr das größte Ausstellungsgelände für sich beanspruchte. An Absprachen wie, daß Panzer und

Waffen für Kinder tabu sein sollten, wurde sich nicht gehalten (siehe Foto rechts).

Aber die Friedensbewegung protestierte – trotz strömendem Regen. Inzwischen wirbt auch Bundespräsident Gauck offen für Kriege (Köhler ist deswegen noch zurückgetreten) und fordert – Grundgesetz und Menschenrechte mißachtend – für die „Mutbürger in Uniform“ mehr Respekt.



Und Kriegsminister de Maizière erklärt, es gibt kein Tabu für Kriegseinsätze; grundsätzlich gebe es keine Region, in der Deutschland nichts zu suchen habe (MDR INFO am 1.7.2011/2). Da werden noch einige Länder unter den deutschen Stiefeln zu leiden haben, die für Rohstoffe und Absatzmärkte Tod und Verderben in die Welt bringen.

Michael Beltz

Leserbriefe

Betreff: Strompreise

Vor wenigen Tagen empfahl der CDU-Umweltminister Altmaier, dass arme Leute bei Strompreiserhöhungen diesen Betrag ja einsparen könnten, indem sie entsprechend der Mehrkosten prozentual weniger Strom verbrauchen. Das erinnert stark an die Empfehlung, die der französischen Königin Marie Antoinette zugeschrieben wird »Wenn sie kein Brot haben, dann sollen sie Kuchen essen« Sie landete am 16.10.1793 auf dem Schafott.

Nun wird gemeldet, dass angesichts drastischer Strompreiserhöhungen der FDP-Wirtschaftsminister Rösler »Hilfen für einkommensschwache Haushalte für nicht sinnvoll« halte. Offenbar hat er dabei die von ihm mit zu verantwortende Verelendung des griechischen Volkes als Zielmarke vor Augen. Und schließlich haben die Armen keine »systemische« Relevanz und benötigen keine »Rettungsschirme« wie die Banken, de-

nen Milliarden über Milliarden in den Rachen geworfen werden.

Wird Zeit, diese asoziale Bande vom Gehöft zu jagen. Wird Zeit, französisch zu lernen. Heinz-W. Hammer

Energiewende und Profit

Im Gegensatz zum Atomstrom werden sämtliche Kosten der erneuerbaren Energien auf den Strompreis umgelegt. In der Berechnung fehlen die über 10 Milliarden Euro, die für die Entsorgung des Atom Mülls durch den Steuerzahler aufgebracht werden müssen. Realistisch dürften hier auch noch einmal 12ct/kwh für den Atomstrom veranlagt werden. Diese Kosten sind bereits entstanden und haben nichts mit Energiewende zu tun! Falk Moldenhauer

Fußball

Eigentlich ist Fußball nur ein Spiel, in der der Bessere und/oder Glücklichere gewinnen mag. Nicht zuletzt sollte er dem solidarischen Vergnügen, der Gesundheit und dem Frieden dienen. Aber in „unserer“ Gesellschaft bzw. die der EU

geht es vorrangig um sehr viel Geld und real um Frustabbau. Nicht Toleranz, sondern Geld regiert die Welt. So ist Sport nicht mehr die schönste Nebensache der Welt. Das ist der unterschiedliche Unterschied. Uwe Moldenhauer

Wie die GIs sterben

Am 13.6. hörte ich im WDR2, dass sich mehr US-Soldaten umbringen als auf dem Schlachtfeld sterben. Ich denke, dies braucht man nicht zu kommentieren, es wirft ein eindeutiges Licht auf den katastrophalen Zustand des US-Militärs und der US-Gesellschaft. Uwe Bossart



Der Islam braucht eine sexuelle Revolution

Unter dem Motto "der Islam braucht eine sexuelle Revolution" hat Seyran Ateş im Juni an der JLU einen Gastvortrag über ihr gleichnamiges Buch gehalten.

Aber gibt es überhaupt "die Frauen" als homogene Gruppe im Islam? Dürfen wir Frauen und Mädchen, die ein Kopftuch tragen, dieses Recht absprechen? Erschwert ein Stück Stoff Integration von Musliminnen in Europa? Und handelt es sich bei dem Schleier wirklich nur um ein Stück Stoff? Passieren die Ehrenmorde wirklich im Namen des Islam oder sind die Gründe eher in patriarchalischen Strukturen zu finden?

Seyran Ateş antwortet darauf: "Die sexuelle Revolution von 1968 hat im Westen die gesamte Gesellschaft aus den Angeln gehoben, alte Autoritäten entmachtet und die Gesellschaftsordnung verändert. Der repressive Umgang mit Sexualität und die damit einhergehende unerträgliche Doppelmoral wurden entlarvt und öffentlich angeprangert. Man sprach laut aus, was allen bewusst war, dass nämlich die sexuelle Lust sich nicht entfalten kann, solange die Religion als Sitten- und Moralwächter auftritt.".... "In muslimischen Gesell-

schaften zeigt sich in vielen Bereichen, dass die Geschlechtertrennung und die damit einhergehende permanente Sexualisierung des gesellschaftlichen Lebens Stillstand und mangelnden Fortschritt bedeuten. Denn der Umgang der Geschlechter miteinander, im Privaten wie im Öffentlichen, prägt eine Gesellschaft, ist ein Massstab für Toleranz und Demokratie....". "Für eine wirkliche Entwicklung in Richtung Demokratie und Gleichberechtigung der Geschlechter müssten die muslimischen Politiker und die religiösen Führer begreifen, dass Politik und Religion zu trennen sind und dass eine funktionierende Zivilgesellschaft nur dann entstehen kann, wenn archaische Lebensmodelle überwunden, wenn die weiblichen Mitglieder der Gesellschaft nicht länger zu Menschen zweiter Klasse, zu Bediensteten und Sklavinnen der Männer degradiert werden."

Seyran Ateş sieht in der Sexualität die tiefste Kluft zwischen dem Westen und der muslimischen Welt. Sie wurde 1963 in Istanbul geboren und lebt seit 1969 in Deutschland. Sie ist Autorin und Rechtsanwältin.

Ganime Gülmez

Redaktionsschluß für das August-Echo ist am 9.8.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Syrien – ein Staat wird zerstört

In Syrien haben die inneren und äußeren Feinde der Regierung ihr erstes Ziel praktisch erreicht. Im Lande herrscht Bürgerkrieg. Die NATO-Staaten, denen die mit Iran verbündete Regierung schon lange ein Dorn im Auge war, sind bei der Auswahl ihrer Helfer nicht zimperlich. Feudale islamistische Herrscher in Saudi-Arabien und Katar waren ihnen genauso recht wie Muslimbrüder, Salafisten und sogar Al-Kaida-Kämpfer aus vielen Ländern. Die gleichen Gruppen, die in Afghanistan militärisch bekämpft und in Pakistan und Jemen mit Drohnen getötet werden, werden in Syrien großzügig mit Geld, Waffen, Kommunikationsmitteln und Informationen versorgt.

Die türkische Regierung, die im eigenen Land Minderheiten und politische Gegner blutig bekämpft, spielt sich als Freund des syrischen Volkes auf. Sie bietet Terrorgruppen ein sicheres Hinterland und Transportwege. Gleich-

zeitig provoziert sie das syrische Militär mit Luftraumverletzungen. So soll ein Vorwand für eigenes militärisches Eingreifen geschaffen werden. Es deutet alles darauf hin, daß Syrien nach Irak und Libyen das nächste arabische Land sein soll, das zerstört wird.

Die Imperialisten in den westlichen Industrieländern können zwar kaum noch andere Länder mit militärischer Gewalt unter ihre dauerhafte Kontrolle bringen, aber zur Zerstörung staatlicher Strukturen und damit Ausschaltung unliebsamer Regierungen reicht es noch. Das Schicksal der Menschen in diesen Ländern ist ihnen egal, selbst die scheinheiligsten christlichen Regierungen liefern die christlichen Minderheiten der betroffenen Ländern der Verfolgung aus. Nur die Völker selbst, sowohl in den Täter- als auch in den Opferstaaten, könnten diese Entwicklung verhindern. Gernot Linhart

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Probeexemplar bzw. 10 Wochen
Gratis-Abo (endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 - 19 Uhr
bei den drei Schwätzern

Wir bitten um Spender Gießener Echo

Konto Nr. 193070
BLZ 51350025
Sparkasse Gießen

V-Mann-Decker des Tages: Volker Bouffier

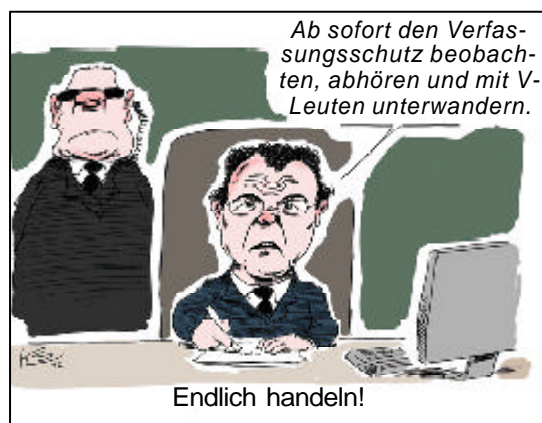
Günther Beckstein rechts zu überholen ist nicht leicht, doch Volker Bouffier (CDU) hat es geschafft. Der damalige Innenminister und jetzige Ministerpräsident Hessens ließ sich im Jahr 2006 nicht einmal von dem als Hardliner bekannten Bayern erwei-

Kriminaldirektors Gerald Hoffmann als »erste und einzige heiße Spur« der Mordserie, berichtete die Linke am Freitag aus dem NSU-Untersuchungsausschuß.

Der hessische Geheimdienst habe verhindert, daß Temmes Nazi-V-Männer befragt werden konnten. "Wir haben es hier doch nur mit einem Tötungsdelikt zu tun", bügelte das Amt die Ermittler ab: "Selbst wenn einer unserer Mitarbeiter neben einem Toten aufgefunden wird, kriegt ihr keine Infos". Volker Bouffier als oberster Dienstherr persönlich entschied, "zum Wohle des Landes Hessen" keine weitergehenden Untersuchungen zuzulassen.

Neun Morde und ein einziger Verdächtiger, der staatliche Schützenhilfe erhält... Er ist Realität, und er hat Namen und Anschriften: "Verfassungsschutz" zum Beispiel. Und Verbündete in der Politik: Volker Bouffier zum Beispiel. Wenn es doch nur so einfach wäre, daß der Inlandsgeheimdienst beim Terrorzellenfall seine vollkommene Überflüssigkeit bewiesen hätte – es ist alles noch viel

schlimmer. Ohne den Verfassungsschutz und seine politische Exekutive hätten... NSU-Morde möglicherweise verhindert werden können. Oder, man wagt es kaum auszusprechen: Es wäre vielleicht nie zu diesen gekommen. ("junge Welt", 30.6.2012)



chen, als dieser ihn bat, seine Blockadepolitik gegenüber der Polizei aufzugeben. Bouffier stellte sich damals schützend vor den dringend mordverdächtigen Verfassungsschutzmann Andreas "kleiner Adolf" Temme, der während des NSU-Attentats auf den Kasseler Internetcafé-Betreiber Halit Yozgat anwesend war. Temme galt nach Aussage des

Nach fast 20 Jahren habe ich abermals beim Verfassungsschutz nachgefragt, was denn so über mich vorläge. Das Ergebnis ließ zwei Monate auf sich warten und war zudem sehr mager. Lediglich meine Kandidaturen waren aufgezählt, sowie, daß ich für das Gießener Echo verantwortlich zeichne. Das ist mir alles nicht neu. Alles andere läge nicht im öffentlichen Interesse, mir mitzuteilen. Betroffen war ich aber doch, daß ich in diesem langen Zeitraum nur einen einzigen Info-Stand angemeldet haben soll?! Ich habe darum gebeten, dies zu überprüfen und mir möglichst auch die Angaben von vor 1992 zuzusenden. Auf meine damalige Anfrage bekam ich nämlich keinerlei Details mitgeteilt...

Um Auskunft nachsuchen kann natürlich jeder; es sollte dabei Name, Anschrift und das Geburtsdatum vermerkt sein. Erika Beltz